

rundbrief

Schwerpunkt
«Finanzpolitik»

Abstimmungen
11. März 2012

GRÜNE
Kanton Luzern

Privat
Parkplatz

Editorial

Wir Grünen sind gefordert

Liebe Grüne

Obschon wir Grünen in Finanz- und Wirtschaftsthemen sicher nicht zuerst gefragt werden und unsere Einschätzungen oft als weltfremd betrachtet werden, wissen wir und sagen es laut und deutlich: Es ist ein Hohn gegenüber der grossen Mehrheit der Bevölkerung, dass einzelne Privilegierte mit simplen Devisentransaktionen 60'000 Franken verdienen können, und Bankmitarbeiter noch weitaus höhere Boni einstreichen.

Deregulierte Finanzmärkte verstärken die sozialen Ungleichheiten und begünstigen zugleich den Ressourcenverschleiss. Der Finanzsektor muss dringend reformiert werden. Die Grünen haben dazu in ihrem Positionspapier für Finanzmärkte im Dienste einer Grünen Wirtschaft einen breiten Forderungskatalog aufgestellt.

Neben dieser nationalen Sicht der Problematik erleben wir auf der kantonalen und kommunalen Ebene hautnah, was diese verfehlte Finanz- und Steuerpolitik für uns Bürgerinnen und Bürger bedeutet. Während wir die grossen Unternehmer wie Banken und Grossbetriebe steuerlich massiv begünstigen, werden wir als einfache Steuerzahler zur Kasse gebeten. Bei öffentlichen Aufgaben wie Bildung und Sicherheit wird gespart bis sich die Balken biegen. Einzelnen Gemeinden diskutieren bereits ersthaft darüber, ob die Schülerzahl pro Klasse erhöht werden soll.

Wir Grünen sind gefordert, uns auf allen Ebenen einzumischen. Wir haben dies im letzten Jahr getan, indem wir starke Listen für den Kantonsrat aufgestellt haben, und Adrian Borgula hat sogar um einen Regierungsratssitz gekämpft. Unsere Resultate waren super, leider wurden wir aber nicht mit einem zusätzlichen Sitz belohnt. Bei den Nationalrats- und Ständeratswahlen wiederholten wir unsere Präsenz und unseren Einsatz und diesmal liessen uns die Wählenden etwas im Stich. Gegenüber dem Frühjahr verloren wir einige Wählerprozent. Trotzdem konnten wir unseren Nationalsitz mit Louis Schelbert halten und Katharina Meile erzielte ein gutes Resultat bei den Ständeratswahlen.

Nun geht es im Frühjahr weiter mit den Wahlen der Gemeindeexekutiven und Parlamente. Wir bleiben dran und setzen uns ein, damit der Ruf nach Ressourcen schonender und sozial verträglicher Politik weiterhin gehört wird.

Bereits bei den nächsten Abstimmungen am 11. März könnt ihr ein Zeichen setzen, in dem ihr unsere Initiative für die Abschaffung der Pauschal-

beteuerung tatkräftig unterstützt. Denn die Pauschalsteuer ist ein Symbol für verfehlte Finanz- und Steuerpolitik, die sich darauf konzentriert, die Privilegien der Reichen zu schützen, ohne Rücksicht auf soziale und gesellschaftliche Auswirkungen.

Wir freuen uns auf eure Unterstützung und zählen auf euch.



*Katharina Hubacher
Co-Präsidentin Grüne Luzern
Luzern*



Kantonale Finanzpolitik aus Grüner Sicht

Die bürgerliche Finanzpolitik ist gestrandet

Im Jahre 2006 gab sich der Kanton Luzern ein Finanzleitbild. Darin wurde u. a. festgehalten, dass die Erfolgsrechnungen ausgeglichen abschliessen, die Steuerbelastung dem schweizerischen Mittel anzunähern ist und Schulden abzubauen sind. Diese Politik wurde von der bürgerlichen Mehrheit unreflektiert umgesetzt, und muss heute als gescheitert betrachtet werden.

Dank der guten Konjunktur wurden in den letzten 5 Jahren zum Teil grosse Überschüsse erzielt. Zwei Steuergesetzrevisionen bescherten Luzern die Halbierung der Vermögenssteuer, die zur Zeit tiefsten Unternehmenssteuern schweizweit und tiefere Steuersätze für alle Einkommensstufen, wobei die höheren Einkommen überproportional profitieren. Die Schulden konnten abgebaut und von über 6000 auf unter 2000 Franken pro Kopf gesenkt werden. Dies war aber nur möglich, weil die Nationalbank aus ihren Goldverkäufen eine erkleckliche Summe an die Kantone weiterleitete.

Der Wind hat nun aber gedreht. Das Finanzleitbild gilt zwar nach wie vor. Die Grundsätze wurden in der Zwischenzeit in ein neues Gesetz transferiert,

das die Finanzen nun konsequent über die Leistungen steuern will. Das entscheidende Merkmal dieses Gesetzes ist, dass die Rechnung über eine Periode von 5 Jahren ausgeglichen sein muss. Es dürfen nun kurzfristig auch Defizite beschlossen werden. Das ist im Sinne einer grünen und nachhaltigen Budgetpolitik, denn in schlechten Zeiten soll der Staat investieren und die Schulden können in guten Zeiten wieder abgebaut werden. Bei näherer Betrachtung entpuppt sich dieser Mechanismus allerdings als zu restriktive Schuldenbremse. Sie ermöglicht dem Kanton pro Generation, also alle 15 bis 20 Jahre, nur noch ein grosses Projekt wie die Sanierung des Seetalplatzes oder den Tiefbahnhof zu realisieren.

Starke Abhängigkeit vom Bund

Die Einnahmen des 3,4 Milliarden Franken Budgets setzen sich zu rund einem Drittel aus Steuern (70 % davon von natürlichen Personen), etwa einem Drittel aus übrigen Einnahmen und einem grossen Beitrag des Bundes (820 Mio) zusammen. Der Kanton Luzern ist also zu einem beträchtlichen Teil von den lohnabhängigen Steuerzahlenden und vom Bund abhängig. Dies zeigte sich in der



Vergangenheit, wenn neue Berechnungen beim Nationalen Finanzausgleich ein Loch in die Kasse rissen und uns z. B. 2010 das «Leistungsverzichtspaket» bescherten.

Für die kommende Jahre rechnet der Kanton mit sinkenden Steuereinnahmen und einer Reduktion des Nationalbankgeldes. Die Schuldenbremse zwingt den Kanton, in den nächsten drei Jahren zudem Einsparungen von über 100 Mio. Franken bei der Verwaltung vor zu nehmen. Hinzu kommen die vom Bundesparlament beschlossenen Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes und der Pflegefinanzierung, die zu unerwartet hohen Mehrkosten führen werden. Unter diesen Vorzeichen können die Vorgaben der Schuldenbremse nur eingehalten werden, wenn auch die Steuereinnahmen erhöht werden.

Das Ende der bürgerlichen Finanzpolitik

Alles in allem scheint die bürgerliche Finanzpolitik der letzten Jahre bereits im Jahr 1 der tiefsten Unternehmenssteuern gestrandet zu sein. Die Regierung hat mit ihrem Antrag auf eine Steuererhöhung um 1/10 Einheit dieses Scheitern schon zugegeben. Die Zustimmung des bürgerlich dominierten Kantonsrates zu einer Steuererhöhung um 1/10 hätte allerdings das Eingeständnis dieser gescheiterten Finanz- und Steuerpolitik bedeutet. Dass es nun nach der Rückweisung des Budget 2012 durch die bürgerliche Mehrheit nicht zu einer Steuererhöhung kommt, hat viel mit der Wahrung des Gesichtes zu tun. Bürgerliche Politiker beteuerten stets, eine Steuererhöhung nur als als Ultima Ratio ins Auge zu fassen.

Grüne Ansätze zur Finanzpolitik

Die Grüne Fraktion hätte der von der Regierung beantragten Steuererhöhung von 1/10 zugestimmt, weil dies eine notfallmässige Überbrückung darstellt. Im Moment wird der Schwarze Peter des Sparens noch hin- und hergeschoben. Bürgerliche Votanten und Votantinnen weigerten sich während der Debatte im Kantonsrat konsequent, zu deklarieren, in welchen Bereichen denn gespart werden sollte.

Die Grünen lehnen diese unkonstruktiven Spiele ab. Sie stehen zum Grundsatz, dass der Staat die Leistungen, welche er erbringen will, auch in entsprechender Qualität anbietet. Für diese Leistungen sollen Steuern erhoben und bezahlt werden. Die Einnahmen sollen in einem sinnvollen Mass zu den sozial Schwächeren umverteilt werden. Den Grünen ist beispielsweise daran gelegen, dass bei der Prämienverbilligung auch Mittelstand-Familien ausreichend profitieren. Weiter ist uns eine gute Bildung etwas Wert. Der Kanton soll sich die bisherige Hochschule Luzern, eine kleine aber feine Universität und die Pädagogische Hochschule leisten. Der Kanton soll weiterhin investieren und

seine Gebäude auch nach ökologischen Grundsätzen in Stand halten. Wir stehen zum Staatsapparat und setzen uns unermüdlich dafür ein, dass der Kanton auch lohnmassig ein attraktiver Arbeitgeber bleibt. Und ganz wichtig, alle sollen nach dem wirtschaftlichen Leistungsprinzip besteuert werden.

Zwingend für uns ist zudem, dass die Steuergesetzrevisionen wieder rückgängig gemacht werden. Denn das fehlende Geld wird in erster Linie bei den natürlichen Personen, wovon die Lohnabhängigen die überwiegende Mehrheit ausmachen, geholt. Diese müssen für die verfehlte bürgerliche Finanzpolitik aufkommen. Das geht eindeutig zu weit. Ein entsprechender Vorstoss ist bereits eingereicht.



*Heidi Rebsamen
Mitglied Planungs- und
Finanzkommission des Kantonsrates
Luzern*



Stellungnahme des Schweizerischen Arbeiter Hilfswerkes

Budgetdebatte gefährdet soziale Sicherheit.

Die gegenwärtige Wirtschaftslage verunsichert Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Aussichten für die nächsten Jahre sind düster. Sicher ist, dass sich die Weltwirtschaft nicht so schnell erholen wird.

Im Kanton Luzern wurde das Budget 2012 im Dezember mit 63 zu 42 Stimmen zurückgewiesen. Die Parteien sorgen mit ihrem Vorgehen für Verwirrung und Unsicherheit und generieren Mehrkosten in der Verwaltung. Projekte im Sozialbereich müssen sistiert, Beiträge möglicherweise gekürzt werden und das mit direkten Folgen zu Lasten der Bevölkerung. Damit beschwört der Kantonsrat eine Situation herauf, deren Konsequenzen wir noch in den nächsten Jahren zu tragen haben werden. Die Leistungen von Sozialwerken und sozialen Unternehmen stehen schon heute unter grossem Druck. Unsere Kantonsparlamentarier haben anschei-

nend vergessen, dass das Wohl der Luzerner Bevölkerung im Zentrum ihrer Arbeit steht und nicht die eigene Parteiprofilierung. Wir hoffen, dass das Parlament sich bald wieder auf sein Kerngeschäft konzentriert. In der Zwischenzeit erfüllen wir weiter unseren Auftrag und unterstützen alle jene, die unsere Hilfe benötigen.

In ihrem Brief an die Luzerner Bevölkerung zitiert Trix Dittling, Kantonsratspräsidentin 2012, die Bundesverfassung «... die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen».

Das können wir nur unterschreiben.



Felix Föhn
Geschäftsführer SAH Zentralschweiz



Finanzpolitik auf Gemeindeebene

Gemeinden leiden unter Steuersenkungen

In den letzten Jahren wurden neben diversen Steuersenkungen auf kantonaler Ebene auch bei einigen Gemeinden die Steuern teils mehrmals gesenkt. Die Folgen für praktisch alle Agglo-gemeinden sind gravierend. An Beispielen von Kriens und Emmen zeigt sich, dass neben aufge-lautenen Investitionen auch die sinkenden Steu-ereinnahmen zu einem immer grösseren Problem werden.

In Kriens wie in Emmen sehen die Realitäten bei den Finanzen gar nicht gut aus. Kriens sah sich nach Jahren der Steuersenkungen gezwungen diese wieder minim zu erhöhen. Trotzdem ist im zweiten Anlauf immer noch ein Ausgabenüber-schuss von über 2.5 Millionen budgetiert. In Em-men redet man zumindest nicht mehr von Steu-ersenkungen. Schaut man sich das Budget 2012 an, sieht man dort ein prognostiziertes Defizit von 6 Millionen Franken. In beiden Gemeinden liegt die Pro-Kopf-Verschuldungen deutlich höher als jene des kantonalen Durchschnitts.

«Der Voranschlag und die Aussichten im Finanzplan sind mehr als düster. Kriens droht seine finanzielle Handlungsfähigkeit zu verlieren.»

Erich Tschümperlin

Anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 27. Ok-tober sieht Erich Tschümperlin (Grüne) den Grund für die schlechte Finanzsituation von Kriens vor allem bei drei Punkten: Aufgelaufene Investitionen, welche die laufende Rechnung belasten; die kan-tonale Steuergesetzrevision, welche Kriens jährlich 16 Millionen koste und Mehrkosten, die aufgrund gesetzlicher Vorgaben vom Kanton an die Gemein-den weiter gegeben werden, z. B. Die Pflegefinan-zierung, welche das Budget jährlich mit mehreren Millionen belastet.

Planlosigkeit der Exekutive

Der bürgerlich dominierte Gemeinderat in Emmen verschliesst sich der Realität und hat sich bis heute geweigert einen Weg aus der aktuellen Situation aufzuzeigen. Eigentlich wäre dieser relativ klar, denn sparen kann man in Emmen nicht mehr. Die Zitrone ist ausgepresst, die freiwilligen Leis-tungen in allen Bereichen auf ein Minimum zu-

rück gefahren. Was bleibt, ist bei den Einnahmen zu schrauben. Eine Steuerhöhung vorzuschlagen traut man sich in der Emmer Exekutive aber nicht. Lieber versteckt man sich dahinter, dass die tieferen Steuereinnahmen (Steuergesetzrevision) und die Mehrbelastung durch zusätzliche Aufgaben (Pflegefinanzierung) durch den Kanton von oben aufgezwungen wurden. An dieser Stelle ist immer wieder darauf hinzuweisen, dass 4 von 5 der Emmer Gemeinderäte selbst im Kantonsrat sitzen und keiner sich ablehnend zur Steuergesetzre-vision geäussert hat, im Gegenteil.

«Der Gemeinderat nimmt seine Führungsverantwortung nicht war.»

Andreas Kappeler

Schaut man den Aufgaben- und Finanzplan der Gemeinde Emmen an, verbessert sich die Situation in den nächsten Jahren nicht. Nach dem Prinzip Hoffnung wartet man auf ...? Ein vom Einwoh-nerrat verlangtes Stabilisierungsprogramm wurde, obwohl als Motion überwiesen, vom Gemeinderat mit fadenscheinigen Begründungen bis jetzt ein-fach nicht umgesetzt, verlangt worden wäre auf den Sommer 2010.

Parlamente verkennen die Situation

Eine Gemeinde hat genau zwei Hebel, wo sie an-setzen kann: Sparen und ihre Einnahmen sichern. Das Ziel muss es sein, mindestens die gesetzlichen Kernaufgaben zu erfüllen. Hinter vorgehaltener Hand, spricht man in Emmen sogar schon davon, diesen nicht mehr nach zu kommen.

Mit diesen Fakten vor Augen hat der Einwohner-rat in Kriens, in den letzten Jahren, unter Führung von SVP und FDP, zwei kommunale Steuersenkun-gen durchgesetzt. Diese Steuersenkungen haben der Bevölkerung minime Einsparungen gebracht, brechen der Gemeinde aber nun das Genick. Hier haben die bürgerlichen Parteien sehr kurzfristige Siege eingefahren. Man kann gespannt sein, wie sie sich – und vor allem die Gemeinde – da wieder hinaus manövrieren.

Der Druck, Steuern senken zu müssen, wird durch den Steuerwettbewerb nach wie vor hoch gehalten. Er ist so gross, dass man sich nicht einmal mehr getraut über Steuererhöhungen zu sprechen. In diesem Klima ist es äusserst schwierig der Be-völkerung klar zu machen, dass Steuererhöhungen



in nächster Zeit kaum zu vermeiden sein werden.

Grüne Finanzpolitik auf Gemeindeebene

Tiefe Steuern sind gut, sollen aber kein Selbstzweck und schon gar nicht der einzige Inhalt von Finanzpolitik sein. Eine Gemeinde hat eine wesentliche Funktion in der Gesellschaft, die sie nur wahrnehmen kann, wenn auch entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Es geht um Menschen, Schulen, Altersheime, Betreuung. Es wird Zeit, dass sich die Diskussion wieder vermehrt um die Leistungen, welche das Gemeinwesen zu erbringen hat, dreht.

In der NLZ vom 13. Oktober 2011 wurde eine Studie der Hochschule Luzern vorgestellt «Steuerwettbewerb spielt nur unter den Kantonen». Die Studie kommt zum Schluss, dass Steuern nur eine kleine Rolle spielen bei der Wahl der Gemeinde.

In diesem Artikel wird Wirtschaftsförderer André Marti zitiert: «Wer glaubt, mit tiefen Steuern für Zuzüger attraktiv zu werden, liegt falsch.»

Wir müssen möglichst schnell weg kommen von absurden Sparmassnahmen im Bereich der Bildung, der sozialen Wohlfahrt oder der Umwelt, welche langfristig zu höheren Kosten für die Gesellschaft führen.



*Andreas Kappeler
Einwohnerrat Grüne
Emmen*

Informationen und Textstellen zu Kriens von



*Erich Tschümperlin
Einwohnerrat Grüne
Kriens*

Nationale Volksinitiative

Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen

Es braucht massives Gegensteuer! Zweitwohnungen stehen oft leer, beeinträchtigen schönste Berglandschaften und führen zu einer unkontrollierten Erhöhung der Bodenpreise. Deshalb braucht es griffige Massnahmen, wie sie die «Franz-Weber-Initiative» vorschlägt: Maximal 20 Prozent dürfen es pro Gemeinde sein.

Pro Tag wächst die Siedlungsfläche der Schweiz um die Fläche der Rütliwiese. Ein anderes prägendes Bild: Pro Jahr verschwinden 4'200 Fussballfelder unter Beton; reiht man sie aneinander, steht ein Goal in Luzern und das andere in Paris! Tatsächlich dokumentiert die Raumplanung seit Jahren immer dasselbe: Der Bodenverschleiss ist viel zu gross. Geht es aber um Massnahmen, dominieren Vorbehalte. Im Ergebnis geht der Verschleiss fast unbremst weiter.

Zweitwohnungen nicht nachhaltig

Das Wachstum der Siedlungsflächen ist eines der drei grossen ungelösten Umweltprobleme der Schweiz (neben Verkehr und Ressourcenverbrauch). Der Zweitwohnungsbau leistet dazu einen zu grossen Beitrag. Die Lösung heisst: Bundeskompetenz. Damit lassen sich für die Raumplanung übergeordnete Ziele setzen, anstelle von 2'600 lokalen Einzelinteressen der Gemeinden und ihrer Entscheidungsträger.

Der Zweitwohnungsbau ist bezüglich der Entwicklung nicht nachhaltig. Das hat die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für das Berggebiet schon in den 80er Jahren erkannt und andere Entwicklungswege empfohlen. Trotzdem turnt ihr Anteil in Kantonen wie GR oder VS zwischen einem Drittel und einem Viertel. Zunehmend werden Zweitwohnungen aber auch in Städten zum Problem, weil sie als Kapitalanlagen die Nutzung des Raums zum Wohnen verhindern.

Schlechte Wertschöpfung

Eine ETH-Studie für die Region Davos zeigt: Die Flächeneffizienz von Zweitwohnungen ist miserabel! Hotels bringen der lokalen Wirtschaft über das Jahr betrachtet 4 Franken pro m², Gruppenunterkünfte etwa 3 Franken. Bei Ferienwohnungen liegt der Wert bei einem halben (!) Franken pro m². Der Nutzen für die lokale Wirtschaft ist also etwa zehnmal kleiner.

Konstruktive Grüne

Bundesrat und Parlamentsmehrheit lehnen die Initiative ab (123:61/29:10). Sie verweisen auf die Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG). Die Beratungen im Nationalrat dazu sind aber wenig verheissungsvoll: Jene «Zähne» im Gesetz, welche

die Vernehmlassung überlebten, wurden im NR in den Beratungen praktisch allesamt gezogen. Der politische Wille, jetzt die Probleme wirksam anzugehen, fehlt weitgehend.

Die Grünen beantragten dem Parlament einen Gegenvorschlag, der auf die Stabilisierung des Anteils an Zweitwohnungen abzielte: Das Maximum eines Anteils von 20 Prozent wurde übernommen, Gemeinden mit einem höheren Zweitwohnungsanteil hätten diesen dann aber zumindest stabil halten müssen. Der Vermittlungsantrag unterlag mit 118:45. Das zeigt: Die Mehrheit will das RPG gar nicht ernsthaft und sachgerecht revidieren. Das Geschäft ist jetzt in der Differenzbereinigung.

Fazit

Klar, die Initiative ist radikal und die Umsetzung bietet Knacknüsse. Doch ohne aufmüpfige Vorschläge geht nichts. Die Volksabstimmung ist wichtig für die Landschaftsinitiative, die später zur Abstimmung kommt, wenn die RPG-Revision faktisch scheitert. Ein gutes Resultat im März verbessert die Aussichten für die Landschaft.



Louis Schelbert
Nationalrat
Luzern

Nationale Volksinitiative: «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!»

Parole:

JA



Oeko Hotel Gruebismalm/Rigi

Autofrei, kinder und familien
freundlich, für Ferien, Feste
und Klein Seminare.

Familie Schaub, 6354 Vitznau
Telefon: 041 397 16 81, www.gruebismalm.ch
E Mail: oeko_hotel_gruebismalm_rigi@bluewin.ch

Eidgenössische Volksabstimmung über die Regulierung des Buchpreises

JA zum Buch – Nötig und gut!

Lesen, und damit das Buch, gehört zu den Grundkompetenzen unserer Kultur. Regulierte Buchpreise erhalten und fördern das Kulturgut Buch. Das ist nötig für die kulturelle Vielfalt und gut für alle, inklusive KonsumentInnen; denn der Markt bringt das nicht.

Die Förderung von Autoren, Verlagen und des Vertriebs via Buchhandlungen ist aus kulturpolitischer Warte von grosser Bedeutung. Regulierte Buchpreise helfen zu verhindern, dass nur noch Bestseller und Massenprodukte in die Gestelle kommen. Es ist eine Fördermethode ohne staatliche Geldmittel.

Für das Buch als Kulturgut

Der Bund darf kulturelle Bestrebungen von gesamtschweizerischem Interesse unterstützen. Die Verfassung erlaubt auch, vom Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit abzuweichen: hier, um Vielfalt und Qualität des Buches zu fördern. Das Gesetz sieht vor, Buchpreise während 18 Monaten verbindlich vorzuschreiben – festgelegt durch Verleger oder Importeure. Für Schulen und Bibliotheken sind Rabatte möglich. Besteht der Verdacht auf Missbrauch, kommt der Preisüberwacher zum Zug.

Dagegen wehren sich marktliberale Ideologen. Für sie ist das Buch eine beliebige Handelsware wie Zement oder Turnschuhe und muss uneingeschränkt dem freien Markt unterliegen. Sie arbeiten damit Supermärkten und Migros/Ex Libris in die Hände. Diese vertreiben vor allem Bestseller, wollen daher keine Regulierung des Buchpreises und stehen hinter dem Referendum.

Problemlos durchführbar

Die Argumente der Gegner werden in der Praxis widerlegt. Im benachbarten Ausland (D, A, I, F) ist die Buchpreisbindung anerkannt und bewährt. Der Alltag in Österreich oder Deutschland zeigt, dass die Massnahme auch im Export, beim Internet-Buchhandel funktioniert: Die gesetzlichen

Bestimmungen der Zielländer zur Buchpreisbindung werden eingehalten.

Der freie Markt führt nicht zu generell tieferen Preisen. Umfragen und ein Gewerkschaftssymposium zeigten, dass seit der Aufhebung der Buchpreisbindung die Preise von Büchern im allgemeinen stiegen. Zwar sanken jene von Bestsellern, jene anderer Bücher aber sind noch mehr gestiegen.

Schutz für Kleine

Für Buchhandelsketten und Warenhäuser sind die meistverkauften Bücher eher ein Marketinginstrument. Mit deren Tiefpreisen auf Bestsellern können kleine Buchhandlungen nicht konkurrieren. Sie verlieren Kundschaft, die auch regelmässig Spontankäufe tätigt. Die Massnahme hilft kleinen und mittleren Buchhandlungen, ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern. Sie können so auch mit Bestsellern noch Geld verdienen, was ohne Preisbindung schwierig bis unmöglich ist.

Günstig für den Staat

Der Staat übernimmt keine Verpflichtungen. Die Branche reguliert die Buchpreise, das kostet den Staat nichts. Ergeben sich Probleme rechtlicher Natur, sind sie Sache von Privaten, namentlich der betroffenen Verbände. Der Staat würde höchstens eingeladen, im Sinne eines Schiedsrichters den Streit zu schlichten oder zu entscheiden.

Fazit

Die Vorlage erleichtert kulturellen Minderheiten den Zugang zu Büchern und den Autorinnen und Autoren den Zugang zu Verlagen. Die Regulierung nützt dem Buch, den Autoren, den Verlagen, dem Handel und letztlich auch den KonsumentInnen.



Louis Schelbert
Nationalrat
Luzern



Bioprodukte vom Hof und aus der Region



EMMER BIOHOF

Hofladen offen
jeden Freitag 13.30 - 18.30
oder nach telefonischer Vereinbarung
Telefon 041 260 21 71

Franz und Maya
Helfenstein Probst
Oberhasli, 6032 Emmen
helfensteinbio@bluewin.ch
www.emmer-biohof.ch

Bundesgesetz vom 18. März 2011 über die Buchpreisbindung (BuPG)

Parole:

JA

Bauspar-Initiative: Nationale Volksabstimmung

Ein weiteres Steuergeschenk?

Am 11. März stimmen wir über eine Initiative ab, die weitere Steuerabzüge einführen will. Wer für den Erwerb eines Hauses Geld zur Seite legt, soll dies bei den Steuern abziehen können. Profitieren würden einmal mehr Reiche und bezahlen dürften es all jene, die sich kein Wohneigentum leisten können – oder wollen.

Die Kantone sollen einen neuen Steuerabzug einführen können. Dies will eine Initiative, über die wir am 11. März abstimmen. Wer Wohneigentum erwerben will, soll während zehn Jahren bis zu 15'000 Franken vom steuerbaren Einkommen abziehen können. Damit soll vielen Leuten der Kauf eines eigenen Hauses ermöglicht werden.

Die Reichen profitieren

Das aber stimmt nicht. Steuerabzüge helfen zwar, Steuern zu sparen, aber sie ermöglichen niemandem, Wohneigentum zu erwerben, der es heute nicht tun kann. Denn diese Personen können die hohen Beträge, die in der Initiative vorgesehen sind, gar nicht zur Seite legen. Familien, die richtig sparen wollen, müssen Einkommen von deutlich mehr als 100'000 Franken im Jahr haben. Kommt hinzu, dass bei Steuerabzügen ausgerechnet jene Personen am meisten profitieren, die sehr hohe Einkommen haben. Sie könnten in diesen zehn Jahren steuerbefreites Bausparen fast 100'000 Franken Steuern sparen – obwohl ausgerechnet sie keine Unterstützung zum Kauf einer Wohnung oder eines Hauses brauchen.

«Bausparen» ist bereits heute möglich

Das steuerprivilegierte Bausparen ist auch unnötig: Bereits heute kann mit der 3. Säule Geld angespart werden und mit den Vorbezügen aus der 2. Säule können sich jährlich Tausende von Personen ein Eigenheim leisten.

Tatsächlich gibt es aber heute auf dem Wohnungsmarkt massive Probleme. Diese liegen aber nicht im fehlenden Wohneigentum, sondern bei den steigenden Mietpreisen. Statt Steuergeschenke an Gutverdienende wäre heute viel mehr eine Verstärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus nötig. Dieser hilft mit, Liegenschaften dauerhaft der Spekulation zu entziehen und damit preisgünstigen Wohnraum zu erhalten und zu schaffen. Dafür hat das nationale Parlament wie auch der Luzerner Kantonsrat kaum Gehör.

Negative Folgen für Kantone und Umwelt

Das steuerbefreite Bausparen führt bei den Kantonen zu Steuerausfällen in Millionenhöhe. Man wedelt dies auf der Befürworterseite weg. Fakt ist, dass am Schluss weitere Einsparungen im Kantons- und in den Gemeindebudgets nötig wären.

Auf einem ganz anderen Blatt stehen noch die Auswirkungen auf die Raumplanung. Das Bausparen fürs Eigenheim fördert letztlich die Zersiedelung und bietet keinen Ansatz für eine sinnvolle und platzsparende Besiedelung der Schweiz. Aus diesem Grund lehnen die Grünen das steuerprivilegierte Bausparen klar ab.



Michael Töngi
Kantonsrat Grüne, Generalsekretär SMV
Kriens

Volksinitiative vom 29. September 2008
«Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (Bauspar-Initiative)»

Parole:

NEIN

Grüne Luzern haben im weiteren zu folgenden Nationalen Volksabstimmungen eine Parole gefasst:

Volksinitiative «6 Wochen Ferien für alle»: Die Initiative reagiert auf den steigenden Stress in der Arbeitswelt. Mehr Ferien sorgen für einen besseren Ausgleich zwischen Erholung und Arbeitsbelastung.

Parole:

JA

Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls»: Die Vorlage sorgt für eine umfassende Regelung des Glücks- und des Geldspiels, der daraus resultierenden Einnahmen und der Kompetenzenverteilung.

Parole:

JA

Delegiertenversammlung Grüne Schweiz in Kriens

Kriens empfängt die nationalen Grünen zur DV

Die Luzerner Kantonalpartei organisierte die Delegiertenversammlung der Grünen Schweiz vom 21. Januar 2012 im Pilatussaal in Kriens – dieser war sogar, typisch Luzern, fasnächtlich dekoriert. Neben der Parolenfassung für die Abstimmungen vom 11. März waren die Unterstützung der Volksinitiative für eine Energie- statt einer Mehrwertsteuer sowie die Zukunft der Sozialwerke die dominierenden Themen.

Gemeinderat Cyrill Wiget begrüßte Parteileitung und Delegierte in «seinem» Kriens, das Tagespräsidium teilten sich die Luzerner Co-Präsidentinnen Katharina Hubacher und Monique Frey.

Daneben galt es für die Luzerner Grünen vor allem, sich um das leibliche Wohl der Gäste aus der ganzen Schweiz zu kümmern. Wir danken den rund

zwanzig engagierten Helferinnen und Helfer ganz herzlich für ihre Unterstützung!



Nationaler Vorstand

Den Grünen Luzern können eine zweiten Vertretung im nationalen Vorstand stellen. Diese wird an der MV im Mai/Juni 2012 gewählt. Wer an nationaler Politik interessiert ist und gerne die Grünen Luzern im nationalen Vorstand vertreten möchte, darf sich gerne (auch unverbindlich) beim Sekretariat oder dem Co-Präsidium informieren.

Präsidium der Grünen Kanton Luzern

Stabsübergabe

Seit dem Mai 2008 haben wir zwei Frauen das Co-Präsidium der Grünen Kanton Luzern mit Engagement und Ausdauer, aber auch mit viel Freude geführt. Wir haben dabei gelacht und uns genervt, gekämpft und uns gefreut, lobbied und uns vernetzt, verloren und gesiegt. Dabei mussten wir Kritik einstecken und Gleichgültigkeit ertragen, aber wir durften auch immer wieder viel Lob, Anerkennung und Unterstützung erfahren.

Jetzt ist aber Zeit gekommen, den Stab weiter zu geben.

Wir suchen daher Nachfolgerinnen/Nachfolger, die unsere Partei weiter führen und weiter entwickeln möchten. Es können wieder zwei Personen sein oder auch nur eine.

Was es dazu braucht: Neben dem politischen Interesse, Freude, Engagement, Mut, Ausdauer, Einsatz, Lockerheit, genug Zeit und gute Nerven,

Was schon da ist: Ein frisch entrümpeltes Sekretariat, besetzt mit zwei fachkompetenten Personen und eine Partei, die Erfolge verzeichnen kann, die anerkannt und etabliert ist, die sich aber auch weiter entwickeln möchte.

Interessierten Personen geben wir gerne Auskunft und berichten von unseren Erfahrungen.

Die Stabsübergabe ist auf die MV im Mai/Juni 2012 geplant.



Katharina Hubacher
Co-Präsidium Grüne Luzern
Luzern



und
Monique Frey
Co-Präsidium Grüne Luzern
Emmen

Volksinitiative Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Keine Steuerprivilegien für reiche Ausländer

Unsere Initiative kommt am 11. März zur Abstimmung. Die Pauschalsteuer bringt dem Kanton Luzern nichts, schadet dem Image der Schweiz und verletzt das Gerechtigkeitspostulat.

Die Steuerpflichtigen bezahlen Steuern, die ihrem Einkommen und Vermögen entsprechen. Seit einigen Jahren existiert jedoch eine Ausnahme: Reiche Ausländer und Ausländerinnen, die in der Schweiz keinem Erwerb nachgehen, können sich nach ihrem Aufwand einschätzen und besteuern lassen. Sie profitieren damit von einer massiv tieferen Steuerrechnung. Diese Ungerechtigkeit ist stossend.

Ende 2010 haben 157 vermögende Ausländer und Ausländerinnen im Kanton Luzern die sogenannte Pauschalbesteuerung in Anspruch genommen. Damit werden alle andern Steuerzahlenden in gleicher finanzieller Situation, insbesondere Schweizer und Schweizerinnen benachteiligt.

In der Schweizerischen Bundesverfassung steht, dass wir nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert werden. Beim Prinzip der Pauschalbesteuerung gilt dies aber nicht. Zudem verlangt die Verfassung auch, dass alle in gleicher wirtschaftlicher Lage gleich hoch besteuert werden. Damit verletzt die Pauschalbesteuerung elementare Grundsätze eines gerechten Steuersystems und das Rechtsgleichheitsgebot.

Das Image der Schweiz verbessern

Die Befürwortenden der Pauschalbesteuerung fürchten einen Imageverlust und Standortnachteil für den Kanton Luzern. Wieso soll es ein Schaden sein, wenn wir das Image eines Hehlers für Steuerflüchtlinge loswerden? Denn Tatsache ist: die ausländischen Millionärinnen und Millionäre verweigern sich der Steuersolidarität in ihrem Heimatland mit dem Wegzug in die Schweiz. Hier ge-

währen wir ihnen massive Steuererleichterungen nach dem Motto «lieber den Spatz in der Hand als die Taube beim Nachbarn».

Luzern bringt dieses Steuergeschenk nichts

Die 157 Pauschalbesteuerten leisteten in den vergangenen Jahren einen bescheidenen Beitrag an die Luzerner Staatskasse, nämlich rund 0.2% des gesamten Steueraufkommens. Die Befürwortenden befürchten, dass bei der Abschaffung der Pauschalbesteuerung diese Personen wegziehen und deshalb in der Staatskasse ein Loch hinterlassen. Erfahrungen aus dem Kanton Zürich zeigen aber eine andere Realität. In die Wohnungen und Villen der Weggezogenen ziehen vermögende Leute, die sich normal besteuern lassen. Dies hat zur Folge, dass sich die Steuereinnahmen erhöhen. Sowohl die Gemeinden wie der Kanton profitieren davon. Unter dem Strich lohnt sich also die Abschaffung der Pauschalbesteuerung, weil die Einnahmen steigen.

Gegenvorschlag

Der Gegenvorschlag ist eine blosse Beruhigungspille. Zur Zeit erreichen 19 Pauschalbesteuerte einen Aufwand von Fr. 600'000.– und mehr. Die Gesetzesänderung wird also für eine Kleinstgruppe eingeführt.



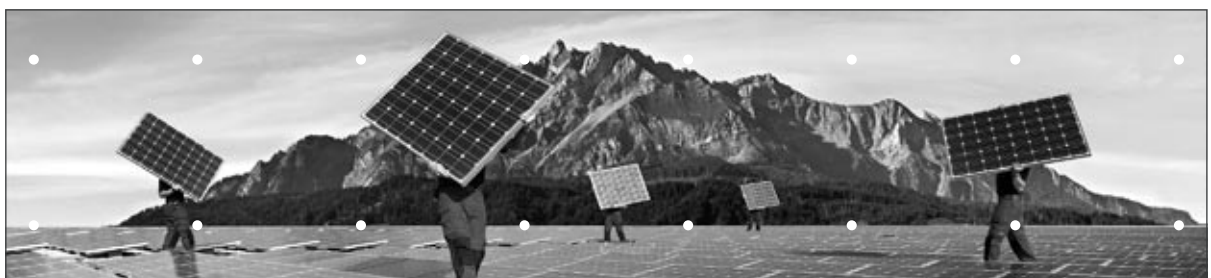
Heidi Rebsamen
Kantonsrätin
Luzern

Volksinitiative:

«Schluss mit den Steuerprivilegien für ausländische Millionärinnen und Millionäre! Abschaffung der Pauschalbesteuerung»

Parole:

JA



Beraten, planen und realisieren. Ihr Partner für Strom und Wärme aus der Sonne. Gebäudeenergie, die auch ästhetisch überzeugt.

BE Netz AG | CH-6030 Ebikon LU | 041 319 00 00 | info@benetz.ch | www.benetz.ch

BE | NETZ
Bau und Energie

Ohne Pauschalsteuer geht es auch

Zürcher Erfahrungen

Seit dem 1. Januar 2010 ist die Pauschalbesteuerung im Kanton Zürich abgeschafft. Nach zwei Jahren lässt sich sagen: Der Entscheid war nicht falsch, im Gegenteil. Oder wie es Didier Mayenzet, der Gemeindeschreiber von Meilen, an der Kick-off-Veranstaltung des überparteilichen Komitees zurückhaltend ausdrückte: «Die Abschaffung der Pauschalsteuer ist im Kanton Zürich und im Bezirk Meilen verkraftbar.» Er hat sich bei den Gemeindeschreibern des Bezirks – und damit auch an der Zürichsee-Goldküste – erkundigt. Der Bezirk ist bürgerlich dominiert, stark vertreten sind FDP und SVP. Im Abstimmungskampf haben sich auch FDP-Exponenten für die Abschaffung ausgesprochen.

Genau 201 Pauschalbesteuerte wohnten Anfang 2010 im Kanton Zürich, 92 von ihnen sind inzwischen weggezogen, also nicht einmal die Hälfte. Rund ein Drittel der Weggezogenen zog ins Ausland, der Rest wechselte den Kanton, die meisten

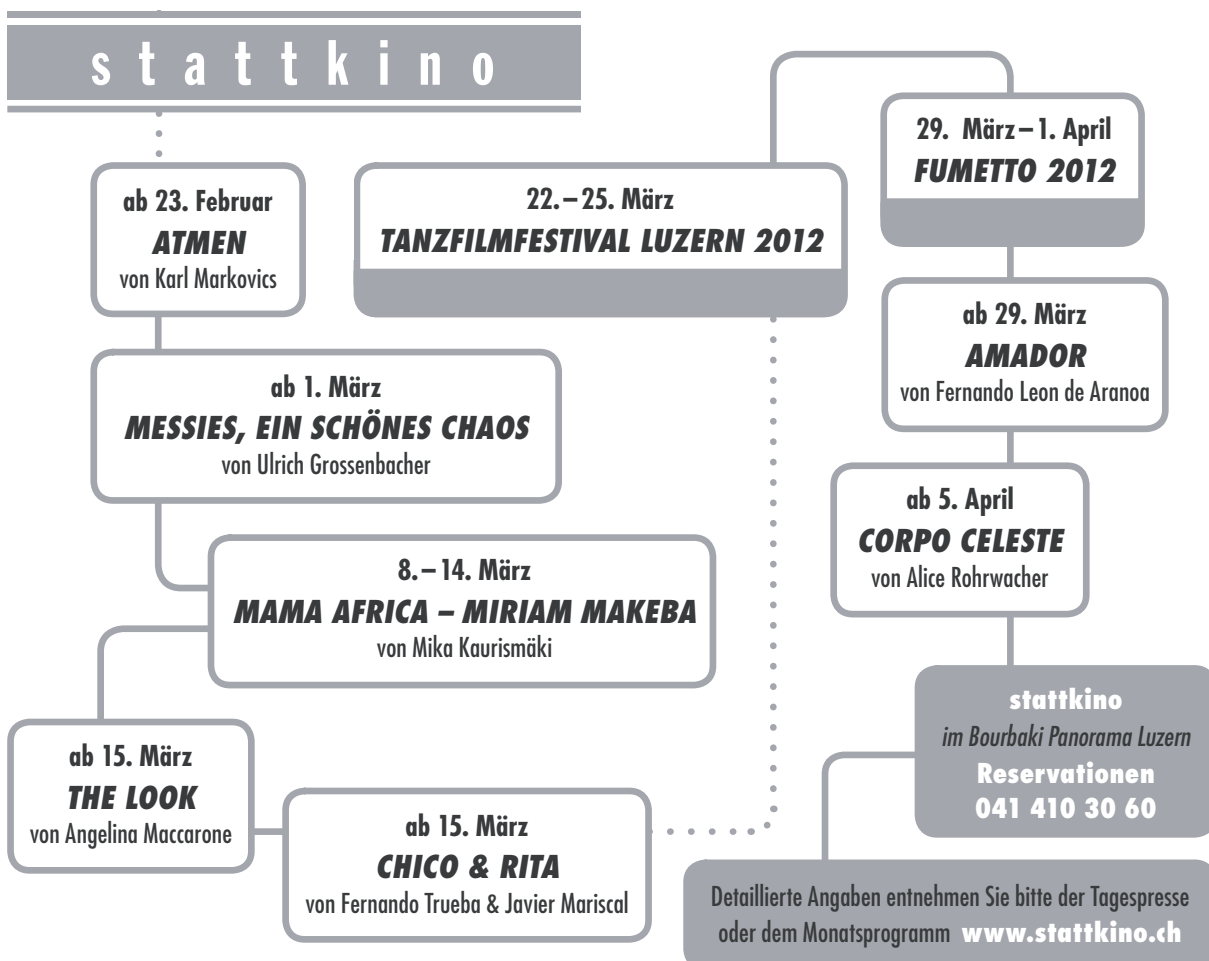
von ihnen liessen sich in den Kantonen Schwyz und Graubünden nieder. Sie sind die Profiteure des unsinnigen Pseudo-Steuerwettbewerbes zwischen den Kantonen.

Mayenzets Fazit

Die Gemeinden haben sich nicht um den Verbleib der Pauschalbesteuerten bemüht. Jene bisher Privilegierten, die geblieben sind, zahlen etwas mehr Steuern. Die Häuser und Wohnungen der Weggezogenen fanden neue Besitzer oder Mieter. Die neuen Mieter/Eigentümer zahlen teils weniger, teils massiv mehr Steuern. Noch nicht abschliessend beziffern lässt sich die Veränderung des Steuerertrages.



Hans Stutz,
Journalist und Kantonsrat Grüne
Luzern



Bildungsveranstaltung Grüne Stadt Luzern

Differenzierte Antworten auf Bildungsfragen

Die Anzahl aktueller Herausforderungen ist gross: vom Umgang mit Heterogenität in der Schule und der damit verbundenen Einführung von IF, über die Additive Tagesschule zum Fremdsprachenunterricht in der Primarschule und Elternmitwirkung an der Oberstufe.

Zwölf Grüne aus allen Sparten des Bildungsbereichs trafen sich Anfang November im Sälischulhaus, um die Haltung der Grünen zu aktuellen Herausforderungen in der Bildung zu diskutieren. Roli Neyerlin, Schulpflegepräsident bis Ende 2010 und Edith Lanfranconi, Mitglied der Bildungskommission seit 2011, führten durch den Abend.

Pragmatische Lösungen sind gefragt

Es wurde bald klar, dass die aktuellen Entwicklungen in Verbindung mit der Einführung des Lehrplans 21 gebracht werden müssen. Damit war die Diskussion schon mitten drin bei Kompetenzen, Minimalstandards und Orientierungsarbeiten und

Erstes Treffen

Frühjahr 2012 zum B+A ‚Volksschule – Entwicklungen und bauliche Massnahmen‘

Zweites Treffen

März/April zum Thema Lehrplan 21 – genauere Infos folgen.

mündete bald in die Frage nach dem Umgang mit Unterschiedlichkeit. In diesem Zusammenhang tauchte immer wieder die Frage nach Reformen auf. Sind es zu viele? Ist das Tempo zu hoch? Bleibt zu wenig Zeit für Konsolidierung oder ist es möglich, Reformen als Entwicklungen zu sehen, deren einzelne Teile miteinander verzahnt sind? Eine einheitliche Meinung zu diesen Fragen gab es nicht, aber sowohl im Zusammenhang mit integrierter Förderung als auch mit Reformen war man sich einig, dass es Flexibilität, pragmatische Lösungen und differenzierte Antworten braucht und dass Unnötiges allenfalls weggelassen werden muss.

Der Abend war zu kurz, um alle aufgeworfenen Fragen eingehend zu diskutieren und wir entschieden, im neuen Jahr erneut Treffen zu Bildungsfragen durchzuführen. Diese können von allen Interessierten besucht werden. Wir freuen uns auf weiteres gemeinsames Nachdenken!



*Edith Lanfranconi
Grosstadträtin
Luzern*



Vertragslandwirtschaft konsequenter umzusetzen

Projekt Regionale Vertragslandwirtschaft Luzern

Im April 2011 haben wir mit einem kleinen Team damit begonnen, per Veloanhänger Gemüse von einem innovativen Biobetrieb aus Adligenswil an Haushalte in der Stadt Luzern auszutragen. Die AbonentInnen haben sich verpflichtet den «Gemüsekorb» während einem Jahr alle zwei Wochen zu beziehen. Dies führt einerseits für Abnahmesicherheit für den Produzenten und andererseits für saisonal frisches Gemüse für die AbonentInnen und einen engen Bezug zwischen Bauern und GemüsegeniesserInnen.

Wir können bisher auf erfolgreiche, vielfältige, überraschende und schmackhafte Gemüsekorb-

Monate zurückblicken. Um die Idee der Vertragslandwirtschaft konsequenter umzusetzen, soll das Projekt nun noch gemeinschaftlicher und konsequenter werden.

Am 20. März 2012 findet um 19:30 Uhr im Restaurant Unterlachenhof eine Versammlung statt. Alle Interessierten für den Gemüsekorb und das Projekt sind herzlich willkommen!



*Christian Hochstrasser
Vorstandsmitglied Regionale
Vertragslandwirtschaft Luzern
Luzern*

Ein Rundgang mit dem grünen Kandidaten für den Stadtrat und das Stadtpräsidium

Fünfmal Luzern mit Adrian Borgula

Am 17. November 2011 haben die Grünen der Stadt Luzern Adrian Borgula als Stadtpräsidiums- und Stadtratskandidaten nominiert. Viele Rundbriefleserinnen und -leser kennen ihn und seine politischen Vorstellungen bereits gut. Auf folgendem Rundgang können sie ihn noch besser kennenlernen. Mit der Redaktion Rundbrief hat Adrian ausgewählte Orte in der Stadt besucht und dabei seine Sicht möglicher Entwicklungen skizziert. Unsere Tour beginnt in der Natur.

Tribtschenhorn – ein Rest wilder Natur in der Stadt

Nur wenige Menschen sind an diesem nasskalten Januartag unterwegs. See und Natur machen Winterpause. Blässhühner, Möwen, Enten und andere Wasservögel haben sich in der Bucht am Tribtschenhorn versammelt. Es gibt viel zu sehen und zu bestaunen, vor allem mit Adrian. Zum Beispiel



Bucht beim Tribtschenhorn

die Kolbenenten mit ihren schönen orangefarbenen Schnäbeln: Sie haben sich Luzern als Winterkurort ausgesucht und werden im Frühling nach Spanien(!) zurückkehren.

Am steilen Hang entlang der Warteggrippe ist ein ganz kleines Stück ursprünglicher Natur wild und unaufgeräumt geblieben. Morsche Bäume sind ins Wasser gefallen. In der so geschützten Bucht brüten und ruhen Wasservögel, auch auf den «Brutinseln» bei der Kanti oder in der Trottlibucht vis-a-vis. Naturräume in der Stadt: Balsam für erholungshungrige Menschen und vor allem wichtig für die Biodiversität. Solche Räume gilt es zu schützen, zu pflegen und – wo möglich – zu erweitern. Dazu gehören die grünen Kuppen, die Tobelwäldchen, die wie grüne Finger in die Stadt hineinragen und Naturräume vernetzen, aber auch der Littauer Berg. Dort hat ein vor einigen Jahren erstellter Weiher im Gebiet «Moos» ein kleines Stück dieses früheren Feuchtgebiets zurückgebracht. Auf der Allmend hat Adrian am Bau des naturnahen Hochwasserrückhaltebeckens mitgewirkt: Nutzung und Schutz der Biodiversität können manchmal sehr gut miteinander verknüpft werden.

Auf dem See und an seinen Ufern ist der Nutzungsdruck enorm: Boote, Häfen, Neubauten, die Freizeitgesellschaft setzen Tieren und Pflanzen zu. Adrian schaut deshalb bei der Revision der BZO (Bau- und Zonenordnung) genau hin und unterstützt die geplanten Ruhezone. Auch die Natur muss in der Stadt Räume haben. Biodiversität findet überall statt, mitten in der Stadt, auch ausserhalb der Schutzgebiete.

MV

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

**Elektrosmogmessung | Schlafplatzuntersuchung
Feuchtigkeits- und Schimmelprobleme
Mängel in der Wohnung**

Werden Sie Mitglied!

Wir unterstützen und beraten Sie zuhause - schnell und professionell!

Telefon 041 220 10 22 | mvlu@bluewin.ch | www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g

Apropos Nutzungsdruck: Die Tafelenten reagieren darauf ihre Weise; tagsüber halten sie sich auf dem ruhigen Rotsee auf, am Abend fliegen sie in die Seebucht, um dort während der menschlichen Nachtruhe zu fressen.

Durch das Kantiareal schlängeln wir mit unseren Velos zum Spelteriniweg.

Theaterpavillon und Treibhaus – die andere Kulturszene

Eine seltsame Mischung auf diesem Gelände: Der Bauschutt der ehemaligen Butterzentrale, die beiden Kuben Theaterpavillon und Treibhaus – türkis der eine, olivgrün der andere, der Fussballplatz des FC Kickers, die Autogarage an der Tribschenstrasse.

Adrian schätzt Pavillon und Treibhaus sehr. Dank viel Freiwilligenarbeit, privatem Einsatz und städtischer Unterstützung seien hier zwei wichtige und lebendige kleine Kulturhäuser entstanden, die viel Selbstbestimmung mit wenig Zwang zu Kommerz



Theaterpavillon am Spelteriniweg

ermöglichen. Natürlich sei es schade, dass mit der geplanten Emmi-Überbauung Nutzungskonflikte drohen, eine Folge unsorgfältiger Planung. Aber nun gelte es, aus der Situation das Beste zu machen. Und mit der Vereinbarung zwischen den Beteiligten, Emmi und zukünftigen BewohnerInnen, Kulturhäusern und Stadt, sei es möglich, dass die Kulturhäuser weiter betrieben werden können.

Überhaupt sind Adrian gute, vielfältige Rahmenbedingungen für die Kulturschaffenden wichtig: Genügend und langfristig sichere finanzielle Ressourcen und Zwischennutzungen. Selbstverständlich sind im kulturellen Leben von Stadt und Region auch die grossen Institutionen wichtig und weiterhin zu unterstützen.

Wir überqueren die Tribschenstrasse, fahren an der ehemaligen Boa vorbei und biegen dann in die Industriestrasse ein.

Industriestrasse – Stadtentwicklung im Schwebezustand

Gassechuchi, Wohnhäuser, alte und eigenwillige Gewerbegebäude, ein grosser, eingezäunter Parkplatz, der ewl-Verwaltungsbau, offener Strassenraum, im Asphalt eingelassene Geleisereste, vor der Gassechuchi ein emsiges Kommen und Gehen, auf der Industriestrasse jedoch wenig Verkehr. So präsentiert sich ein Schlüsselareal künftiger Stadtentwicklung.



Industriestrasse

Adrian skizziert Möglichkeiten: Durchmischte Nutzung mit (Klein-)Gewerbe, Wohnen, Büros und damit kurze Wege; aktive Stadtentwicklung durch die öffentliche Hand, der das Land gehört; Förderung des günstigen und sozialen Wohnungsbaus, aber auch neuer Wohnformen mit stärkerer Integration von Jung und Alt. Stadtentwicklung ist eben auch Sozialpolitik, deren Ziel der soziale Ausgleich sein muss. Zudem lässt sich hier auch eine energetisch nachhaltige 2000 Watt-Siedlung umsetzen. Nötig ist ebenso eine Verdichtung durch massvolle «höhere» Häuser und dem um so sorgfältigeren Umgang mit den verbleibenden Frei- und Grünflächen. Adrian findet, dass vor allem zukunftsorientierte Unternehmen (z. B. Energietechnik, Gesundheitsprävention, Bildungs- und Sozialinstitutionen) angesiedelt werden sollten, die nicht einfach interessiert sind, an kurzfristiger Gewinnabschöpfung wie etwa viele Bereiche der Finanzbranche oder des Rohstoffhandels, sondern mithelfen, die drängenden globalen, ökologischen und sozialen Probleme anzupacken. Wertschöpfung statt Wertabschöpfung! Stadtentwicklung als Schlüssel zur Nachhaltigkeit und auf ethischen Werten basierend.

Weiter gehts auf dem Veloweg über die Langensandbrücke, über den Bundesplatz (kein Velostreifen mehr!) zur Zentral und Hochschulbibliothek.

Vögeligärtli – der öffentliche Raum als Oase

Hier sind immer Menschen anzutreffen – auf dem Weg in die Zentral und Hochschulbibliothek (ZHB),



Vögeligärtli mit Zentral und Hochschulbibliothek

zur Lukaskirche, in eines der Lokale rund um den Platz, und selbst im Winter toben sich Kinder auf dem Spielplatz aus. Hier ist bereits spürbar, was an der Industriestrasse verwirklicht werden könnte: Ein lebendiger Quartierkern, spürbar durchmischte Nutzung.

Adrian greift auf die Erfahrungen als Kantonsrat zurück: Die bürgerliche Finanzpolitik schob die nötigen Investitionen zur Sanierung der ZHB aus Spargründen jahrelang hinaus. Und kaum waren dann endlich 18 Millionen gesprochen, kam die unsägliche Idee, einen privaten Investor mit einer vagen Renditeaussicht durch einen Neubau-Büro- und Wohnklotz anzulocken. Dabei ist eine weitere Verdichtung an diesem schon sehr innerstädtischen Ort nicht wünschenswert und das ganze Ensemble ist mit der ZHB städtebaulich sehr schützenswert! Die grüne Oase muss erhalten bleiben.

Überhaupt die Finanzpolitik: Zuerst müssen die Leistungen definiert werden und dann die entsprechenden Finanzen. Das bürgerliche Spar- und Steuersenkungsdogma hingegen verhindert eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Am Schluss unserer Tour kommen wir zum Bahnhofplatz und schauen uns vor der Seebrücke das Verkehrsgewimmel an.

Bahnhofplatz – Grenzen der Mobilität

Autos, Fussgängerinnen und Fussgänger, Velos, Busse – Verkehrslärm, Ampeln, Hektik. Durchorganisierte Abläufe und klare Ordnung. Die fünfte und letzte Station ist das pure Gegenteil der ersten.

Hier wird allen klar – die Verkehrsmenge in Luzern stösst an ihre Grenzen. Und diese Menge kann nicht weiter gesteigert werden, sonst hat insbesondere der öV keinen Platz mehr und das Gebot der Nachhaltigkeit rückt in noch viel weitere Ferne. Eine Knacknuss, für die Adrian folgende Lösung skizziert: Weitere konsequente Förderung des öV, des

Veloverkehrs, des Fusswegnetzes, gutes S-Bahn-system, längerfristig mit Tiefbahnhof, Optimierung des Busnetzes mit durchgehenden Busspuren, intelligente Raumplanung, die den Bedarf nach Mobilität hinterfragt und reduziert, kluges Mobilitätsmanagement mit neuer Verkehrsführung zum Bahnhof, damit die Busse nicht auf der Pilatusstrasse stecken bleiben. Nicht neue Strassen wie etwa den Südzubringer braucht es, sondern im Interesse des Klimaschutzes nur soviel Mobilität wie nötig und dies mit den geeigneten Mitteln. Adrian ist überzeugt, dass der wirtschaftlich notwendige Verkehr auch mit weniger Autofahrten bestens zu bewerkstelligen ist.



Seebrücke, linkes Ufer

Unsere Tour ist zu Ende, könnte aber noch viel weiter durch die Stadt führen und viele weitere Themen streifen. Leider fehlt uns die Zeit für die Fahrt Richtung Nord-Ost, in den Stadt-Teil Littau.

Adrian setzt den Velohelm wieder auf und verabschiedet sich. Ich schaue ihm nach und denke: Er kennt diese Stadt, ihre schönen und weniger schönen Seiten, und er hat Vorstellungen, wie diese Stadt noch lebenswerter werden könnte.



*Hans-Peter Hug
Grüne Stadt Luzern
Luzern*

Wer noch nicht Komiteemitglied ist, kann das unter www.adrianborgula.ch werden. Dort finden sich weitere Informationen über den grünen Stadtpräsidiums- und Stadtratskandidaten und seine Ideen.

Emmen: Volksabstimmung – JA zu Fusionsverhandlungen

«Starke Stadtregion» ist noch nicht tot!

Erst vor zehn Monaten hatte der Emmer Einwohnerrat einen SVP Vorstoss mit FDP Unterstützung überwiesen, der eine Verschiebung der Volksabstimmung zur «Starke Stadtregion» bis nach dem Entscheid über einen Kantonsbeitrag fordert. Dank einer Volksinitiative, welche in Rekordzeit zustande gekommen ist, findet nun am 11. März eine Abstimmung über die Aufnahme von Fusionsverhandlungen mit Luzern statt.

Wie zu erwarten war, macht die SVP den drohenden Untergang von Emmen zu ihrem Hauptwahlkampfthema. Die FDP hat im November im Parlament der Initiative zugestimmt, sich vom

anschliessenden Nein-Schock aus Kriens, Ebikon und Adligenswil erholt und die Ja-Parole für den Urnengang herausgegeben. Alle anderen Parteien sind ebenfalls für eine Weiterführung des Projekts «Starke Stadtregion». Mit «Emmen Go» setzt sich eine gut verankerte parteiunabhängige Bewegung für die Fusion ein. Mit der Verschiebung ist die Gemeinde Emmen zuerst negativ aufgefallen, jetzt ruhen die letzten Hoffnungen auf ihr. Falls Emmen Ja sagt, würden die Fusionsverhandlungen mit nur zwei Partnern viel einfacher werden. Es fragt sich nur, ob die Stimmung in Luzern nicht kippt, weil man Angst um die Finanzen bekommt. Wobei, wie beim Kantonsbeitrag ist die Langfristprognose wichtiger als die unmittelbaren Effekte. Langfristig steckt in Emmen sehr grosses Potential, das nur mit Hilfe von Luzern ausgeschöpft werden kann.

Abstimmungsergebnisse vom November 2011 aus den anderen Gemeinden:

Stadt/Gemeinde	Zustimmung zur Fusion
Luzern	Ja (62,28 %)
Ebikon	Nein (70 %)
Kriens	Nein (70,2 %)
Adligenswil	Nein (93,4 %)



Peter Lerch
Präsident Grüne Emmen
Emmenbrücke

Initiative «Ja zu Fusionsverhandlungen»

Parole:

JA

Junge Grüne

In Kriens gehts ab!

Die Jungen Grünen haben im letzten Herbst in der Gemeinde Kriens eine Ortssektion gegründet. Sie haben bereits unsere erste Initiative lanciert und werden an den Einwohnerratswahlen im Frühling mit einer eigenen Liste teilnehmen.

Am Fusse des Pilatus brodelt es nicht nur aus finanzpolitischer Sicht. Nein, in Kriens ist junger Power daran, politische Themen anzupacken und den etablierten Parteien auf die Füsse zu treten. Es geht Schlag auf Schlag: Anfangs Herbst Lancierung der Veloinitiative und zwei Monate später deren erfolgreiche Einreichung. Wir sammelten hierfür in kurzer Zeit über 600 Unterschriften. Dank der Mithilfe von Pro-Velo und den Grünen gelingt dieser vielversprechende Vorstoss.

Die Jungen Grünen fordern: Die Schachen-Amlehn-Langsägerstrasse vom Durchgangsverkehr zu befreien. Damit wird dieser Strassenzug für Velofahrende, Anwohner und Schulkinder wieder attraktiver. Eine Quartiernebenstrasse alleine löst aber kein Verkehrsproblem. Wir fordern zusätzlich

ein Verkehrskonzept zur Bekämpfung des Verkehrsaufkommens.

Im Frühling kandidieren die Jungen Grünen mit einer eigenen Liste für den Einwohnerrat. Mit ihrer Stimme ermöglichen Sie uns den Einzug ins Krienser Parlament. Eine junge und grüne Stimme in Kriens ist nicht nur ein schöner Farbtupfer, sondern ein wichtiger Beitrag zur Krienser Lokalpolitik.

Wählt deshalb am 6. Mai die Junge Grüne Liste und panaschiert und kumuliert kräftig mit den Kandidierenden der Grünen. Herzlichen Dank für eure Mithilfe.



Fabian Takac
Co-Präsidium Junge Grüne Kant. Luzern
Kriens



und
Gian Waldvogel
Co-Präsidium Junge Grüne Kant. Luzern
Kriens

Horw: Abstimmung Sanierung Gemeindehaus

Gemeindehaus kann und soll saniert werden

Im vierten Anlauf könnte es endlich klappen: Das Horwer Gemeindehaus soll für 6,8 Mio. Franken saniert werden. Es gibt gute Gründe, das jetzt zu tun. Die Sanierung ist unausweichlich und dürfte in Zukunft nur noch teurer werden.

An seiner Sitzung vom 17. November 2011 beschloss der Einwohnerrat, die Vorlage zur Sanierung des Gemeindehauses zur Abstimmung vorzulegen. Zuvor hatte der Gemeinderat versucht, alle vom Einwohnerrat mitgegebenen Aufgaben umzusetzen. Auch die L20 stimmte im Einwohnerrat der Vorlage zu und empfiehlt ein Ja.

Aussen Hui, innen Pfui

Das 32 Jahre alte Gemeindehaus ist zwar praktisch gleich alt wie das Oberstufenschulhaus, sein Zustand ist jedoch deutlich besser – zumindest von aussen gesehen. Genau dieses gute Aussehen ist aber trügerisch: In der Vergangenheit wurden keine grösseren Sanierungen und Optimierungen vorgenommen, weshalb der entsprechende Bedarf offensichtlich ist.

Der heutige Zustand des Gemeindehauses entspricht nicht mehr den aktuellen baulichen Anforderungen. Vor allem aus energetischer Sicht und wegen der mangelhaften Gebäudetechnik (Feuer, Erdbeben und technische Infrastruktur) ist das Gebäude sanierungsbedürftig. Einen grossen Anteil der Kosten macht der gesetzlich vorgeschriebene Erdbebenschutz aus. Zudem sind die Flachdächer in einem derart schlechten Zustand, dass sie in näherer Zukunft so oder so saniert werden müssen.

Lange Projektierungsphase

Nach fast sieben Jahren Planung ist das Projekt nun soweit, dass es realisiert werden kann. Denn

«nichts machen» und weiter zuwarten ist am Ende für die Gemeinde die teuerste Variante. In den kommenden Jahren würden sich die finanziellen Aufwendungen für Flickwerk zwangsläufig summieren und die bisher aufgelaufenen Planungskosten wären sehr schlecht investiert. Die mit dem Sanierungsprojekt verbundenen Verbesserungen der organisatorischen Abläufe könnten nicht umgesetzt werden und die Sicherheitsanforderungen für die Mitarbeitenden würden unerfüllt bleiben.

Kompromisslösung

Aus Sicht der L20 ist die vorliegende Sanierung die Minimalvariante, welche die Gemeinde für die nächsten 20 Jahre vor weiteren Investitionen bewahrt. Sie stellt einen guten Kompromiss dar und schützt die Gemeinde Horw vor unliebsamen Überraschungen, wie sie beispielsweise Kriens mit dem Schulhaus Gabeldingen erlebt hat.

Die Investition in das Gemeindehaus hat einen zeitlichen Vorsprung gegenüber anderen Projekten und kann deshalb sofort angegangen werden. Die finanzielle Situation der Gemeinde Horw erlaubt es, diese Investition jetzt zu tätigen.

Es gibt keinen Grund mehr zuzuwarten. Mit Ihrem Ja ermöglichen Sie, dass das vorliegende Projekt endlich realisiert werden kann.



Heiri Schwegler-Bächler
Einwohnerrat Horw, L20
Horw

Abstimmung:
Sanierung des Gemeindehauses

Parole:

JA

Impressum

Herausgeber/Inserateverkauf: Grüne Luzern, Brüggliasse 9, Postfach 5151, 6000 Luzern 5, PC 60-16103-5, Telefon 041 360 79 66, www.gruene-luzern.ch, E-Mail: sekretariat@gruene-luzern.ch
Redaktion: Rahel Estermann, Andreas Kappeler; Korrektorat: Marie-Theres Kappeler, Markus Kappeler; Fotos: Rahel Estermann, Hans-Peter Hug, Edith Lanfranconi, Simon Meyer, Sabina Oehninger
Konzept/Gestaltung: Grafikatelier Thomas Küng, Brünigstrasse 3, 6005 Luzern, Telefon 041 360 28 10, E-Mail: thomas.kueng@rat.ch, www.kuenggrafik.ch; Gestaltung/Druck: Gegendruck GmbH, Neustadtstrasse 26, 6003 Luzern, Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37, E-Mail: info@gegendruck.ch
Erscheint 5x im Jahr, Auflage 1400 Exemplare; Abonnement: ein Jahr Fr. 30.–, Unterstützungsabo: ein Jahr Fr. 60.–

Horw: Abstimmung Sanierung Kastanienbaumstrasse

Kastanienbaumstrasse sicherer machen

Der Kreisel Buholz und die Kastanienbaumstrasse bis Schwanden sollen neu gestaltet werden. Aus- und Umbauten von Strassen sind für die L20 immer ein heikles Thema. In diesem Fall überwiegen die Vorteile, weil die Sanierung mehr Sicherheit bringt.

Die L20 anerkennt den Erneuerungsbedarf vor allem beim Rad- und Gehweg. Aber auch die Strasse ist teilweise in schlechtem Zustand. Zudem können gleichzeitig die Wasserleitungen aus dem Jahr 1936 erneuert werden. Auch hat die L20 das neue Konzept für die Bushaltestelle Buholz überzeugt. Die Haltestelle wird an den richtigen Ort verschoben (Einmündung Rigiblickstrasse). Dort soll auch – aufgrund einer Intervention der L20 im Parlament – ein Fussgängerstreifen die Querung zur Unterwilstrasse erleichtern.

Für die L20 ist Verkehrssicherheit für alle wichtig, insbesondere für Fussgänger/-innen und Radfahrende – und ganz speziell für alle Schülerinnen und Schüler, die mehrmals täglich diese Strasse frequentieren. Deshalb ist der zentrale Punkt der Sanierungsvorlage die neue Verkehrsführung beim

Kreisel Buholz. Der Verkehr soll nun so geführt werden, dass die Verbindung Felmis-Kastanienbaum Vortritt hat. Dies hat viele Vorteile: die Schülerinnen und Schüler, die nach Kastanienbaum fahren, sind weniger gefährdet, der öV erhält eine bessere Durchfahrt und die Strasse wird deutlich weniger attraktiv für den Schleichverkehr von und nach der Stadt Luzern.

Insgesamt erachtet die L20 diese langfristige Investition von 2,9 Mio. Franken als gerechtfertigt und sinnvoll. Deshalb empfiehlt Ihnen die L20 ein Ja zur Sanierung in die Urne zu legen.



Heiri Schwegler-Bächler
Einwohnerrat Horw, L20
Horw

Abstimmung:
Sanierung Kastanienbaumstrasse

Parole:

JA

natur-farben.ch
kurt unternäher
malerei + farbladen
beratung, ausführung
vermietung, verkauf

tel. 041 260 07 40
schachenstrasse 3, 6020 emmenbrücke



Die Idee
von Ihnen

Das Holz
aus der Region

Die Qualität
vom Schreiner

Stefan Suhner
Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8
6005 Luzern
Fon 041 310 27 12
www.holzding.ch

Kontaktverzeichnis

Ortsgruppen Grüne Kanton Luzern

Adligenswil

Franziska Hufschmid
franziska.hufschmid@gruene-luzern.ch

Ebikon

Andreas Feller
andreas.feller@gruene-luzern.ch.

Emmen

Luzius Hafen
luzius.hafen@gruene-luzern.ch

Horw

Brigitte Germann-Arnold
brigitte.germann-arnold@gruene-luzern.ch

Kriens

Erich Tschümperlin
erich.tschuemperlin@gruene-luzern.ch

Luzern

Christian Hochstrasser
christian.hochstrasser@gruene-luzern.ch

Sursee

Andreas Hofer
andreas.hofer@gruene-luzern.ch

Willisau

Esther Müller
esther.mueller@gruene-luzern.ch

Valentin Arnold

valentin.arnold@gruene-luzern.ch

Junge Grüne

Raoul Niederberger
rniederberger@gmx.ch

R E S T A U R A N T B A R
NEUSTADT

Ess- & Weinkultur • Neustadstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

Die Druckerei
 in der
 Luzerner Neustadt

g e g e n d r u c k _ G m b H 
 ...offsetdruckerei ...t 041 360 82 70



Ueli & Hof
 www.uelihof.ch

Bio-Hofladen Mättiwil
 St. Niklausen / Luzern
 Telefon 041 911 22 20
 oder 076 572 53 11
 Fr 14-19 h / Sa 8-13 h

Bio-Metzgerei Moosmatt
 Moosmattstr. 17, Luzern
 Telefon 041 310 71 15
 Di-Fr 8.30-12.15 / 14-18.30 h
 Sa 8-16 h durchgehend

**Bio-Fleisch
 gibt es im
 Mättiwil
 und in der
 Moosmatt.**



Parkettarbeiten
 Malerarbeiten
 Naturfarben

Luzernerstrasse 33c
 CH-6010 Kriens
 Telefon 079 650 79 42
 www.patricksteiner.ch

 **patrick
 STEINER**

Agenda

Februar

Sa 25. 09.00
Mo 27. 19.30

Standaktion, Luzernertheater: Pauschalsteuer abschaffen
Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern

März

Fr 2. 19.00
Sa 3. 09.00
Di 6. 19.30
Mo 12. 18.45
Mo 19. 19.30
Fr 30. 19.00
Sa 31.

Vollversammlung Junge Grüne, Sonnenberg
Standaktion, Helvetiaplatz: Pauschalsteuer abschaffen
Nominationsversammlung Emmen, Gemeindewahlen
Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Vollversammlung Junge Grüne, Sekretariat Grüne Luzern
Wahlfest Grüne und SP

April

Mo 16. 18.45
Di 17. 19.30

Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern

Mai

Fr 4. 20.00
So 6.
Mo 7. 19.30
Mo 14. 18.45
Mo 21. 18.00
Mo 29. 19.30

Sitzung Junge Grüne, Sekretariat Grüne Luzern
Kommunalwahlen
Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Kantonaler Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern
Jahreszeitenpalaver, Hallenbad Luzern, Restaurant Poseidon
Städtischer Vorstand, Sekretariat Grüne Luzern

Möchtest du elektronisch über Termine der Grünen sowie Veranstaltungen aus dem sozialen und kulturellen Bereich informiert werden? Dann abonniere den Newsletter unter: www.gruene-luzern.ch



